

Die ehemalige US-Offizierin und heutige Friedensaktivistin Ann Wright berichtet über eine Begegnungsreise nach Russland.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 121/19 – 20.10.19

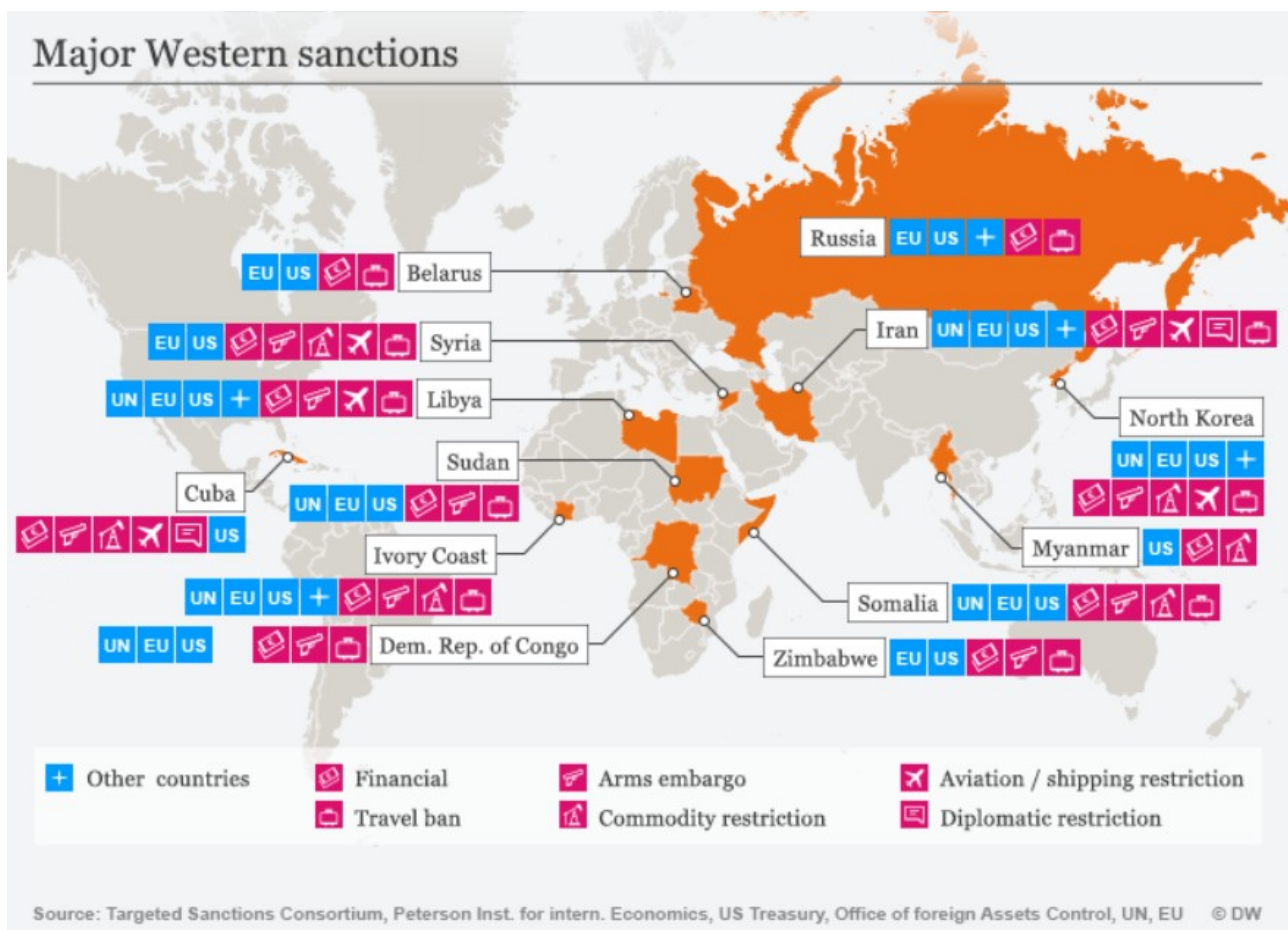
Begegnungen zwischen Bürgern der USA und Russlands sind in diesen Zeiten besonders wichtig

Von Ann Wright

OpEdNews, 08.09.19

(https://www.opednews.com/populum/printer_friendly.php?content=a&id=233655)

Unsere Bürger-zu-Bürger-Diplomatie ist sehr wichtig, weil wir damit die Weltgemeinschaft und die gewählten Politiker an die Hoffnungen und Träume der Menschen erinnern können, die in allen Ländern nur Frieden und eine sichere Zukunft für ihre Kinder wollen und den Tod und die Zerstörung ablehnen, die aus "demokratischen, kapitalistischen oder ideologischen" Beweggründen über die Welt gebracht werden; das war auch Thema bei all unseren Begegnungen mit russischen Gesprächspartnern.



Wenn Sie sich in ein Land begeben, das die USA zu ihren "Feinden" zählen, müssen Sie damit rechnen, unangenehme Fragen beantworten zu müssen. In diesem Jahr war ich schon im Iran, in Kuba, in Nicaragua und in Russland, also in vier der vielen Staaten, die von den USA aus vielfältigen Gründen mit Sanktionen belegt wurden [s. <https://www.treasury.gov/resource-center/sanctions/Programs/Pages/Programs.aspx>], die sich meistens darauf zurückführen lassen, dass sich diese Staaten von den USA keine politischen, wirt-

schaftlichen oder ihre Sicherheit betreffenden Vorschriften machen lassen. Ich möchte noch erwähnen, dass ich 2015 in Nordkorea war und vorhabe, demnächst auch Venezuela zu besuchen.

Ich werde oft – besonders von Familienmitgliedern – gefragt, warum ich in solche Länder reise? Das taten auch die FBI-Beamten auf dem Dulles Airport, als ich und Medea Benjamin, die Mitbegründerin von CODEPINK – Women for Peace, im February 2019 von einer Reise in der Iran zurückkehrten.

Die beiden jungen FBI-Agenten fragten mich, ob ich wisse, dass die USA Sanktionen gegen den Iran verhängt hätten, weil er Terrorgruppen unterstütze. Ich antwortete: "Ja, ich weiß, dass es diese Sanktionen gibt, aber meinen Sie nicht, dass andere Staaten auch Sanktionen gegen die USA verhängen müssten, weil sie andere Länder überfallen, unersetzbare Kulturgüter, Schulen, Hospitäler, Wohnhäuser und Infrastruktur für viele Milliarden Dollars zerstört haben und für den Tod hunderttausender Menschen, darunter auch viele US-Amerikaner, verantwortlich sind? Außerdem sind sie aus mehreren Atomabkommen ausgestiegen. Die FBI-Agenten runzelten die Stirn und antworteten: "Das geht uns nichts an."

Derzeit bin ich in Russland, das auch wieder als "Feind" der USA betrachtet wird und erst von Obama und dann von Trump mit noch härteren Sanktionen belegt wurde. Nach dem Kalten Krieg, der mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete, unterhielten die USA 20 Jahre lang freundschaftliche Beziehungen zu Russland und versuchten es nach ihren Vorstellungen umzuwandeln – durch Privatisierung der staatlichen sowjetischen Industrie. Dadurch entstand – wie in den USA – eine Klasse sehr reicher und mächtiger Oligarchen, mit denen der Westen gute Geschäfte machen konnte. Dann wurde Russland wieder zum Feind, weil es die Krim annektierte und die Assad-Regierung in Syrien in ihrem brutalen Krieg gegen Terroristen militärisch unterstützte, der auch viele zivile Opfer forderte, für die außer den Terroristen und der syrischen Armee auch russische und US-amerikanische Truppen verantwortlich zu machen sind. Außerdem soll es ja noch die Einmischung Russlands in die US-Wahlen im Jahr 2016 gegeben haben. Ich bezweifle zwar, dass die Russen E-Mails des Democratic National Committee (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee) gehackt haben, meine allerdings, dass sie durchaus versucht haben, die Wahlen über soziale Medien zu beeinflussen.

Die US-Amerikaner wollen allerdings nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Krim auch deshalb annektiert wurde, weil die dort lebenden ethnischen Russen Angst vor der Verfolgung durch ukrainische Nationalisten hatten. Weil die USA ukrainischen Neonazis grünes Licht für den gewaltsamen Sturz des gewählten ukrainischen Präsidenten gegeben hatten, fürchtete die russische Regierung, den Zugang zu ihren Militäranlagen auf der Krim (und zu Sewastopol, ihrem einzigen Hafen am Schwarzen Meer) zu verlieren, die sie seit mehr als 100 Jahren betrieben (und bis 2042 von der Ukraine gepachtet) hatten.

Wir sollten uns auch daran erinnern, dass Russland seit vielen Jahren einen Militärpakt mit der syrischen Regierung hat, der auch dem Schutz zweier russischer Militäranlagen in Syrien dient – der einzigen russischen Militärbasen außerhalb Russlands, die außerdem der russischen Marine den Zugang zum Mittelmeer sichern. In diesem Zusammenhang sollten wir uns an die über 800 US-Militärbasen außerhalb unseres Landes erinnern, von denen viele der Einkreisung Russlands dienen.

Außerdem sollten wir bedenken, dass die US-Regierung in Syrien einen "Regimewechsel" anstrebt und Assad deshalb Russland zur Hilfe gerufen hat. Den Anlass dazu hat die US-Regierung geliefert, die zugelassen hat, dass sich der Islamische Staat sowohl im Irak als auch in Syrien gewaltsam etablieren konnte.

Ich möchte die Einmischung in die US-Wahlen nicht beschönigen, aber es kann nicht überraschen, dass andere Staaten wie Russland das Gleiche versuchen, was die USA 1991 zur Unterstützung Jelzins getan haben. Und Russland ist sicher nicht das einzige Land, das die US-Wahlen beeinflussen wollte. Israel nimmt viel größeren Einfluss auf die Wahl des US-Präsidenten und des US-Kongresses – vor allem durch seine wichtigste Lobby-Organisation, den American Israeli Public Affairs Council, abgekürzt AIPAC.

Vor diesem Hintergrund habe ich mit einer Gruppe, die aus 44 US-Bürgern und einem Iren bestand, an einer Reise nach Russland teilgenommen, die von der seit 40 Jahren bestehenden Organisation Center for Citizen Initiatives [CCI, s. <https://ccisf.org/> (und https://en.wikipedia.org/wiki/Center_for_Citizen_Initiatives)] veranstaltet wurde. Reiseleiterin war CCI-Gründerin Sharon Tennison (s. <https://www.csmonitor.com/World/Making-a-difference/2018/1217/How-one-woman-s-citizen-diplomacy-has-strengthened-US-Russia-ties-for-decades>), die seit über 40 Jahren Besuche von US-Bürgern in Russland und von Russen in den USA organisiert und damit eine Art Bürger-zu-Bürger-Diplomatie betreibt. Die Begegnungen sollen dem gegenseitigen Kennenlernen dienen und dazu beitragen, dass die Politiker und Regierungen beider Staaten auf eine militärische und wirtschaftliche Konfrontation verzichten, die nur der Rüstungsindustrie Profite, der Menschheit aber den Untergang bringt und deshalb gestoppt werden muss.

Die Russen, die in den 1990er Jahren in den USA zu Gast waren und dort während ihres Aufenthaltes an verschiedenen gesellschaftlichen Ereignissen teilnahmen, halfen anschließend, auch in Russland CCI-Gruppen wie die Rotarier aufzubauen. Bereits Anfang der 1980er Jahre hatten auf Einladung der sowjetischen Regierung Experten aus den USA die Bewegung "Anonyme Alkoholiker" nach Russland gebracht.

CCI-Delegationsreisen (aus den USA) nach Russland starten normalerweise in Moskau, wo Gespräche mit Experten für Politik, Wirtschaft und Sicherheit stattfinden. Dann folgen Ausflüge in andere Gegenden Russlands, die meistens in St. Petersburg enden.

Eine CCI-Reise im September 2018 war eine logistische Herausforderung. Die Delegation spaltete sich damals in 20 kleine Gruppen auf, die Barnaul, Simferopol, Jalta, Sewastopol, Jekaterinburg, Irkutsk, Kaliningrad, Kasan, Krasnodar, Kungur, Perm, Kazan, Nischni Nowgorod, Krasnodar, Nowosibirsk, Orenburg, Sergijew Possad, Torschok, Twer, Ufa, und Jakutsk besuchten, um sich auch einen Eindruck vom Leben außerhalb Moskaus zu verschaffen. In St. Petersburg trafen sie sich wieder zur Heimreise.

In diesem Jahr verbrachten wir Anfang September vier Tage in Moskau und sprachen mit russischen Experten über innen- und außenpolitische Fragen sowie über Sicherheits- und Wirtschaftsprobleme im heutigen Russland. Ich hatte 2016 schon einmal an einer Reise der CCI teilgenommen und interessierte mich vor allem für die seither eingetretenen Veränderungen. In diesem Jahr unterhielten wir uns wieder mit einigen Analysten, die wir schon vor drei Jahren getroffen hatten, aber auch mit einigen neuen Beobachtern und russischen Experten. Die meisten waren damit einverstanden, bei unseren Gesprächen gefilmt zu werden und sind jetzt auf Facebook [s. <https://www.facebook.com/ann.wright.50>] und später unter www.cssif.org zu sehen. Andere Gesprächspartner baten darum, nicht gefilmt zu werden, damit ihnen ihre Beiträge nicht zugeordnet werden konnten.

Während unseres Aufenthaltes in Moskau sprachen wir mit

Wladimir Posner (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Wladimir_Wladimirowitsch_Posner), einem Fernsehjournalisten und politischen Analysten,

Vladimir Koizin (s. <http://ceness-russia.org/index.php?id=1169>), der sich mit Atomstrategie befasst und zahlreiche Bücher über internationale Sicherheit, Rüstungskontrolle und das Raketenabwehrsystem der USA geschrieben hat,

Peter Kortunov, einem politischen Analysten, der ein **Sohn Andrey Kortunovs** (s. <https://www.koerber-stiftung.de/themen/russland-in-europa/beitraege-2016/russland-und-europa-eskalierte-entfremdung/andrey-kortunov>) vom Russian International Affairs Council ist,

Rich Sobel (s. <https://www.linkedin.com/in/richardasobel>), einem US-Unternehmer in Russland,

Chris Weafer (s. <https://www.macro-advisory.com/leadership/>), dem Chef von Macro Advisory (s. <https://www.macro-advisory.com/>) und ehemaligem Chefstrategen der Sberbank, der größten staatlichen Bank Russlands (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Sberbank>),

Dr. Vera Lyalina und Dr. Igor Borshenko über die private und staatliche Krankenversicherung in Russland,

Dmitri Babich, einem Fernsehjournalisten,

Alexander Korobko, einem Dokumentarfilmer mit zwei jungen Begleitern aus dem Donbass und mit

Pavel Palazhchenko, dem vertrauenswürdigen Übersetzer des ehemaligen Präsidenten Gorbatschow.

Wir hatten auch Gelegenheit, mit vielen jungen Moskauern mit ganz unterschiedlichen Berufen zu sprechen. Ein junger Freund hat diese Gespräche mit seinen Englisch sprechenden Freunden und mit ebenfalls der englischen Sprache mächtigen Menschen vermittelt, die wir zufällig auf der Straße trafen.

Kurz zusammengefasst haben sich aus unseren Begegnungen mit russischen Bürgern folgende Erkenntnisse ergeben:

Der Ausstieg der USA aus Abrüstungsverträgen (wie dem ABM-Vertrag, s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/ABM-Vertrag> , und dem INF-Vertrag, s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08819_090819.pdf), die anhaltende Osterweiterung der NATO (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP19217_081217.pdf , https://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP00418_080118.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP04318_110418.pdf) und der fortschreitenden Umzingelung Russlands mit Militärbasen der USA und der NATO (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP14117_010917.pdf , http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP11019_270919.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP04119_030419.pdf) haben russische Sicherheitsexperten sehr beunruhigt. Die russische Regierung wird natürlich auf diese als Bedrohung angesehenen Maßnahmen reagieren. Der russische Militärhaushalt ist weiter gesunken, während der US-Militärhaushalt ständig ansteigt. Die US-Militärausgaben sind 14-mal höher als die russischen Militärausgaben.

Die nach der Annexion der Krim verhängten westlichen Sanktionen haben nicht nur negative, sondern auch positive Auswirkungen auf Russland. Früher aus dem Westen importierte, jetzt nicht mehr verfügbare Waren werden nun in Russland hergestellt. Russ-

land ist dadurch, auch was seine Versorgung mit Nahrungsmitteln angeht, viel unabhängiger geworden. Darlehen für die Vergrößerung kleiner und mittlerer Unternehmen sind aber schwer zu bekommen, weil es weniger internationale Geldgeber gibt. Die Analysten haben uns daran erinnert, dass die Annexion der Krim, die als Grund für die von den USA und der EU verhängen Sanktionen angegeben wird, nur erfolgt ist, weil die USA den neonazistischen Staatsstreich gegen die gewählte Regierung der Ukraine gesponsert haben.



Das schnelle Wachstum der russischen Wirtschaft im letzten Jahrzehnt hat sich verlangsamt. Um die Wirtschaft zu stimulieren, hat die russische Regierung einen neuen Fünfjahresplan zur Durchführung staatlicher Projekte vorgelegt, der 400 Milliarden Dollar, das sind 23 Prozent des russischen Bruttoinlandsprodukts, für die Verbesserung der Infrastruktur vorsieht. Putin hofft, damit die Wirtschaft ankurbeln und soziale Unruhen verhindern zu können, die wegen stagnierender Löhne, des Verlustes sozialer Errungenschaften und anderer innenpolitischer Probleme drohen. Die jüngsten Demonstrationen in Moskau, die wegen der Kommunalwahlen stattfanden, beunruhigen die russische Regierung nicht, weil sie die politischen Gruppierungen, die dazu aufgerufen haben, nicht als ernstzunehmende Bedrohung ansieht. Diese Gruppierungen versuchen zwar die Unzufriedenheit der apolitischen russischen Bevölkerungsmehrheit zu schüren, es dürfte ihnen aber nicht gelingen, sie gegen die Regierung aufzuwiegeln.

Unsere Bürger-zu-Bürger-Diplomatie ist sehr wichtig, weil wir damit die Weltgemeinschaft und die gewählten Politiker an die Hoffnungen und Träume der Menschen erinnern können, die in allen Ländern nur Frieden und eine sichere Zukunft für ihre Kinder wollen und den Tod und die Zerstörung ablehnen, die aus "demokratischen, kapitalistischen oder ideologischen" Beweggründen über die Welt gebracht werden; das war auch Thema bei all unseren Begegnungen mit russischen Gesprächspartnern.

Ann Wright hat 29 Jahre als aktive Offizierin und Reservistin in der U.S. Army gedient. Als Army-Oberst und Diplomatin im Ruhestand wurde sie durch ihren offenen Widerstand gegen den Irakkrieg bekannt. Für ihren mutigen Einsatz bei der Evakuierung mehrerer Tausend Menschen während des Bürgerkrieges in Sierra Leone wurde sie 1997 mit dem Award for Heroism (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Award_for_Heroism) des US-Außenministeriums ausgezeichnet. Sie war eine der drei Angehörigen des diplomatischen Dienstes, die 2003 aus Protest gegen den Überfall auf den Irak öffentlich ihren Rücktritt erklärt haben. Als Passagierin auf der "Challenger 1" hat sie mit der "Mavi Marmara" an der Gaza-Flottille (s. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Gaza/mavi.html>) teilgenommen. Sie hat in Nicaragua, Grenada, Somalia, Usbekistan, Kirgisistan, Sierra Leone, Mikronesien und in der Mongolei gedient. Im Dezember 2001 gehörte sie zu dem kleinen Team, das die US-Botschaft in Kabul, der Hauptstadt Afghanistans, wieder eröffnet hat. Sie ist Mitautorin des Buches "Dissent: Voices of Conscience."(Widerstand aus Gewissensgründen) und hat Beiträge über Vergewaltigung in den US-Streitkräften veröffentlicht.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern und die beiden aussagekräftigen Grafiken waren bereits im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken.)



Challenging Times for Citizen to Citizen Diplomacy in Russia

By Ann Wright

September 8, 2019

Our citizen-to-citizen diplomacy is very important to carry back to our communities and to our elected leaders, the hopes and dreams of fellow citizens of our world, no matter where they live, that they want to live in peace with opportunities for their children, instead of death and destruction for "democratic, capitalistic ideological" purposes, which was a continuing theme from Russian analysts.

Whenever you go to one of the countries the U.S. considers its "enemy," you can be sure to get a lot of flak. This year I have been to Iran, Cuba, Nicaragua, and Russia, four of the many countries upon which the U.S. has put strong sanctions for a variety of reasons, most of which have to do with the countries refusing to allow the U.S. to dictate political, economic and security issues. (For the record, I was in North Korea in 2015; I haven't been to Venezuela yet, but intend to go soon.)

Many, especially family, have asked, "why do you go to these countries?" including the FBI officials who met me and CODEPINK: Women for Peace co-founder Medea Benjamin at Dulles Airport upon our return from Iran in February 2019.

The two young FBI officers asked if I knew there were U.S. sanctions on Iran for support for terrorist groups. I responded "Yes, I know there are sanctions, but do you think other countries should put sanctions on a country for the invasion and occupation of other countries, the deaths of hundreds of thousands (including Americans), for the destruction of irreplaceable cultural heritage and billions in dollars of homes, schools, hospitals, roads,

etc., and for withdrawing from nuclear agreements? The FBI agents frowned and answered, "That's not our concern."

Currently I'm in Russia, another one of America's "enemies" for this decade which is under U.S. sanctions from the Obama administration and more from the Trump administration. After 20 years of friendly relations after the cold war ended with the break-up of the Soviet Union and with the U.S. attempting to remake Russia into a U.S. model with privatization of the massive Soviet industrial base which created the rich and powerful oligarch class in Russia (same as in the U.S.) and flooding Russia with western businesses, Russia has become an enemy once more by its annexation of Crimea, its military cooperation with the Assad government in the brutal war against terrorist groups in Syria and for massive civilian casualties (for which there is no excuse whether it be Russian, Syrian or U.S. actions) and its interference in the 2016 U.S. elections, of which I have doubt about one part of the allegations -- the hacking of Democratic National Committee emails -- but have no reason to doubt that social media influence took place.

Of course, in the U.S. we are seldom reminded that the annexation of Crimea occurred due to the fear of ethnic Russians in Crimea of the Ukrainian nationalists who were given a green light for violence in U.S. orchestrated neo-Nazi overthrow of the elected President of Ukraine and the Russian government's need to protect its Black Sea access military facilities that have been located in Crimea for over 100 years.

We are not reminded that Russia has had a long-standing military agreement with the government of Syria for the protection of its two military bases in Syria, the only Russian military bases outside of Russia that provide naval access to the Mediterranean. We are seldom reminded of the over 800 military bases the U.S. has outside our country, many of which encircle Russia.

We are also seldom reminded the stated goal of the U.S. government in Syria is "regime change" and that the conditions in Syria that caused the Russian military to assist the Assad government came from the U.S. war on Iraq that created the conditions for ISIS to violently erupt in both Iraq and Syria.

I do not condone interference in U.S. elections, but it is not surprising that other countries may attempt to influence U.S. elections to reciprocate what the U.S. has done to many countries including in Russia in 1991 with the very public U.S. support of Yeltsin. Russia certainly is not the only country that may have attempted to influence U.S. elections. Israel is the country that has the most public influence on U.S. Presidential and Congressional elections through lobbying efforts of its main organization in the U.S., the American Israeli Public Affairs Council (AIPAC).

With all of this as background, I am in Russia with a group of 44 U.S. citizens and one Irish under the auspices of the 40-year-old organization, the Center for Citizens Initiatives (CCI). CCI, under the leadership of organization founder Sharon Tennison, has been bringing groups of Americans to Russia and arranging for Russians to visit the U.S. for over 40 years in citizen-to-citizen diplomacy initiatives. Both groups learn about our respective countries with the goal of somehow convincing our politicians and government leaders that military and economic confrontation, while profitable for the economic elites, is disastrous for humanity in general and it needs to stop.

After Russians were guests of Americans in the 1990s and were invited to various civic events during their stays in the U.S., CCI groups assisted in forming in Russia civic groups such as Rotarians and at the request of the Soviet government in the 1980s, brought the first Alcoholics Anonymous specialists to Russia.

The CCI delegations typically begins in Moscow with dialogue with political, economic and security experts, followed by trips to other parts of Russia and ending with a wrap-up in St. Petersburg.

In a major logistical challenge, the September 2018 CCI group broke into small delegations, a group visiting one of 20 cities before reconvening in St. Petersburg. CCI hosts in Barnaul, Simferopol, Yalta, Sebastopol, Yekaterinburg, Irkutsk, Kaliningrad, Kazan, Krasnodar, Kungur, Perm, Kazan, Nizhny Novgorod, Krasnodar, Novosibirsk, Orenburg, Perm, Sergiev Posad, Torzhok, Tver, Ufa, and Yakutsk introduced members of our delegation to life outside of Moscow.

This year the four days in Moscow in early September unfolded with speakers on the international and domestic political, security and economic environments in Russia today. I had been on a CCI delegation three years in 2016 so I was interested in the changes since then. This year we dialogued with a couple of analysts we met three years ago and as well as new observers of the Russian scene. Most were fine with our filming their presentations which are available now on Facebook and which later will be available in professional format at www.cssif.org. Other presenters asked that we not film and that their comments be non-attributable.

While in Moscow, we spoke with:

-- Vladimir Pozner, TV journalist and political analyst;

-- Vladimir Kozin, strategic and nuclear analyst, author of numerous books on the international security and arms control and the U.S. Missile Defense system;

-- Peter Kortunov, political analyst, son of Andrey Kortunov of the Russian International Affairs Council;

--Rich Sobel, U.S. businessman in Russia;

--Chris Weafer, head of Macro Advisory and former chief strategist at Sherbank, Russia's largest state bank;

--Dr. Vera Lyalina and Dr. Igor Borshenko, on Russia's private and public medical care;

--Dmitri Babich, TV journalist;

--Alexander Korobko, documentary filmmaker and two young persons from Dombass.

-- Pavel Palazhchenko, President Gorbachev's trusted translator.

We also had the opportunity to speak to many young Muscovites from a variety of professions through a young friend whose English-speaking friends wanted to interact with our group, as well as conversations with random people on the street, many of whom spoke English.

The quick take-aways from our discussions are:

--U.S. abrogation of arms control agreements and the continuing expansion of U.S. military bases and U.S./NATO military deployments around the Russian boarder have Russian security experts very worried. The Russian government is naturally responding to what it per-

ceives as threats to Russia by these events. The Russian military budget continues to decrease as the U.S. military budget continues to increase. The U.S. military budget is fourteen times larger than the Russian military budget

--Sanctions from the annexation of Crimea are having both positive and negative effects in Russia. New industries to provide for previously imported goods no longer available are making Russia more food independent, but loans for expansion of small and middle-size businesses are difficult due to the lack of international investment. Analysts reminded us that the U.S./European Union rationale for sanctions, the annexation of Crimea, was through a referendum by the citizens of Crimea after the U.S. sponsored neo-Nazi coup of the government of Ukraine.

--The Russian economy has slowed from the rapid growth of the past decade. To stimulate the economy, the Russian government has a new five-year National Projects plan that will put \$400 Billion or 23% of the GDP into the economy through big infrastructure projects. The Putin administration is staking its hopes for economic growth on these projects to forestall social unrest due to stagnate wages, lowering of social benefits and other potentially disruptive issues that could affect the political environment. The recent demonstrations in Moscow concerning elections do not worry the government as they consider the politically active groups not much of a threat, but dissatisfaction with social benefits that could spread to the apolitical majority of the country does concern them.

With politicians and government officials making these very dangerous times for the citizens of the U.S., Russia and the world, our citizen-to-citizen diplomacy is very important to carry back to our communities and to our elected leaders, the hopes and dreams of fellow citizens of our world, no matter where they live, that they want to live in peace with opportunities for their children, instead of death and destruction for "democratic, capitalistic ideological" purposes, which was a continuing theme from Russian analysts.

Ann Wright is a 29-year US Army/Army Reserves veteran, a retired United States Army colonel and retired U.S. State Department official, known for her outspoken opposition to the Iraq War. She received the State Department Award for Heroism in 1997, after helping to evacuate several thousand people during the civil war in Sierra Leone. She is most noted for having been one of three State Department officials to publicly resign in direct protest of the 2003 Invasion of Iraq. Wright was also a passenger on the Challenger 1, which along with the Mavi Marmara, was part of the Gaza flotilla. She served in Nicaragua, Grenada, Somalia, Uzbekistan, Kyrgyzstan, Sierra Leone, Micronesia and Mongolia. In December, 2001 she was on the small team that reopened the US Embassy in Kabul, Afghanistan. She is the co-author of the book "Dissent: Voices of Conscience." She has written frequently on rape in the military.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern